



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

17. Dezember 2021  
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Das Profitsystem verschlimmert die Pandemie dramatisch

Millionen Menschen versuchen mühsam, irgendwie eine Auffrischungsimpfung zu bekommen, über 70-jährige stehen dafür stundenlang in der Kälte Schlange. Denn die Impfzentren sind im Sommer eingespart worden, genau wie die Teststationen, Alltagshelfer\*innen in den Kitas und quasi alle anderen sinnvollen Einrichtungen. Und nun müssen sie erst hektisch wieder eingeführt werden, was gefährliche Verzögerungen und noch mehr Belastungen für die Arbeitenden bedeutet. Aber Hauptsache, sie haben ein paar Euro eingespart, schließlich brauchen sie jeden Cent für Geschenke an die Konzerne!

Hinzu kommen all die Regeln, die ebenfalls immer erst auf den letzten Drücker hektisch eingeführt, fast täglich geändert und obendrein von Ort zu Ort widersprüchlich eingeführt werden. Mit dem Ergebnis, dass kaum noch einer nachvollziehen kann, was, wie und warum es gerade gilt. Was die Politiker nicht daran hindert, sich als Moralapostel hinzustellen und zu verkünden, die Pandemie wäre längst im Griff... wenn sich nur alle an ihre Empfehlungen und Regeln halten würden.

In Wahrheit hat ihre Politik einen maßgeblichen Anteil daran, dass sie eben nichts in den Griff bekommen. Und das liegt nicht (nur) an der Unfähigkeit einzelner Politiker – was man schon daran sehen kann, dass die neue Regierung genauso weiter macht wie die alte. Es liegt vor allem daran, dass die Regierung mit der Pandemie auf dieselbe Weise umgeht wie mit allen anderen Fragen in dieser Gesellschaft: An erster Stelle schützen die Politiker die Interessen der großen Konzerne und Banken und an zweiter Stelle ihre Karriere – während sie Verantwortung und Folgen ihrer Entscheidungen auf uns abwälzen.

Die noch ansteckendere Omikron-Variante ist ein weiterer Beweis hierfür. Von Anfang an war klar: Wenn nicht die große Mehrheit der Menschheit geimpft

ist, ist die Gefahr von Mutationen, gegen die der Impfstoff nicht mehr richtig wirkt, extrem hoch. Doch die reichen Staaten – und der deutsche Staat an vorderster Front – haben das heilige Recht der Pharmakonzerne verteidigt, allein nach Profitinteressen zu entscheiden, wie viel Impfstoff sie produzieren und zu welchen Wucherpreisen sie ihn verkaufen. Preise, die arme Länder nicht bezahlen können. Mit dem Ergebnis, dass in Afrika, wo die Omikron-Variante wohl entstanden ist, nur 7% der Menschen geimpft werden konnten.

In Deutschland diskutieren die Parteien über eine allgemeine Impfpflicht. Doch wenn sie das mit der Bekämpfung des Virus wirklich ernst meinen würden, dann würden sie erst einmal alles tun, damit die ganze Welt geimpft werden kann! Und das würde heißen, dass sie als allererstes dafür sorgen müssten, dass Patente freigegeben und so viel Impfstoff wie möglich zum Selbstkostenpreis produziert, auf der ganzen Welt verteilt und gespritzt wird. Stattdessen verweigern sie und die anderen reichen Staaten der Hälfte der Menschheit jede Möglichkeit, sich impfen zu lassen.

Die Tatsache, dass es den Pharmakonzerne offensichtlich nur um ihre Bereicherung geht, hat außerdem dazu beigetragen, Misstrauen und Angst vor den Impfstoffen zu schüren. Ebenso die Tatsache, dass die regierenden Parteien die Menschen seit Jahren ständig belogen haben und viele ihnen grundsätzlich nichts mehr glauben. Erst dadurch konnte die bittere Situation entstehen, dass selbst in den Ländern, in denen es genügend Impfstoffe gibt, ein Teil der Bevölkerung diese ablehnen.

Und damit haben sie eine politisch gefährliche Situation geschaffen. Denn es ist die extreme Rechte, die in vielen Ländern aus dieser Situation Kapital schlägt, in Deutschland vor allem die AfD. Heuchlerisch tun sie so, als würden gerade sie sich plötzlich für die

„Freiheit“ einsetzen.

Sie behaupten, für die Freiheit zu demonstrieren, ohne Einschränkungen Restaurants besuchen oder in Urlaub fahren zu können. Aber dass viele Arbeitende dies aus Geldmangel permanent nicht können, weil die Kapitalisten ihnen Niedriglöhne zahlen oder sie entlassen haben, darüber empört sich die Rechte nie.

Sie demonstrieren gegen die „3G-Diktatur“ am Arbeitsplatz. Aber die tägliche Diktatur auf der Arbeit, wo die Bosse uns bis ins kleinste Detail vorschreiben, was wir zu tun haben und willkürlich entscheiden, ob wir morgen überhaupt noch Arbeit haben – diese Diktatur verteidigt die AfD hingegen vehement... als „unternehmerische Freiheit“. Und Menschen, die nicht ihrer Meinung sind, bedrohen diese Rechtsextremen im Namen der „Freiheit“ mit dem Tod!

Dass diese rechten Kräfte stärker werden, ist eine ernste Bedrohung für die Arbeiterklasse. Doch die Art und Weise, mit der die Regierungen nicht nur in der Pandemie rücksichtslos die Interessen der Konzerne vertreten und die Folgen auf die einfache Bevölkerung abwälzen, verschafft ihnen ständig weiteren Nährboden. Diese gefährliche Entwicklung lässt sich nur auf einem Weg aufhalten: Wir müssen der kapitalistischen Klasse und ihren Politikern die Leitung der Gesellschaft aus den Händen nehmen.

Und wenn die Pandemie eines deutlich gemacht hat, dann das wir Arbeitenden die Macht und Fähigkeit hierzu haben: Weil wir die „systemrelevante“ Klasse sind, die alles am Laufen hält.

Und noch etwas hat die Pandemie deutlich vor Augen geführt: nämlich wie untrennbar das Los aller Menschen auf der Welt miteinander verbunden ist – und dass alle wichtigen Fragen von uns nur weltweit gelöst werden können. Die Zukunft gehört einer sozialistischen Gesellschaft, in der die weltweite Arbeiterklasse die Geschicke in die Hand nimmt.

## Russland-Ukraine:

# Gefährliches Säbelrasseln und die Rolle der deutschen Regierung

Erneut hat das kriegerische Säbelrasseln an der russisch-ukrainischen Grenze bedrohliche Formen angenommen. Russland hat auf seiner Seite der Grenze anscheinend an die 100.000 Soldaten zusammengezogen. Die Regierungen der USA und der EU-Staaten empören sich lautstark über diese Drohgebärden Russlands.

Was sie dabei aber nicht erwähnen ist, dass die NATO ihrerseits in den letzten Monaten massive, provozierende Militärmanöver vor der russischen Grenze veranstaltet und die Ukraine ähnlich große, von den USA ausgerüstete Truppen in Grenznähe stationiert hat.



NATO-Manöver in der Ukraine, nahe der russischen Grenze (September 2021)

Dieses beidseitige Säbelrasseln ist die Fortsetzung eines Machtkampfes, der vor Jahren begonnen hat. Die Ukraine ist von ihrer Geschichte und Bevölkerung her tief mit Russland verflochten. Doch die USA und die EU wollen sie unbedingt in ihr wirtschaftliches, politisches und militärisches Einflussgebiet ziehen. Russland hingegen will dies um jeden Preis verhindern. Beide Seiten zerran an

der Ukraine, was diese vor acht Jahren in einen Bürgerkrieg gestürzt hat, der noch immer andauert und bereits 13.000 Tote gefordert hat.

Hinzu kommt noch die neue Gaspipeline Nord Stream II, mit der Russland künftig mehr Gas direkt nach Deutschland liefern will. Die Ukraine will die Inbetriebnahme dieser Pipeline verhindern, weil die Ukraine als Transit-Land für Gas sonst an Bedeutung verlieren würde. Und die USA wollen sie ebenfalls verhindern, weil sie der EU stattdessen ihr eigenes Gas verkaufen möchten. Auch deshalb verschärfen sie gerade nochmal ihren Ton gegenüber Russland.

Die deutsche Industrie hingegen möchte auf das günstigere Erdgas aus Russland nicht verzichten. Gleichzeitig sind die USA ihr wichtigster Handelspartner.

Waffen gegen Russland ausrüsten sollte!

Es ist ein lebensgefährliches Spiel. Denn wir haben in der Vergangenheit oft genug gesehen, wie ein Funke ausreichen kann, um ein solches Pulverfass in die Luft zu jagen. Der grausame Bürgerkrieg am Rande Europas kann sich in eine offene militärische Konfrontation zwischen mehreren Großmächten verwandeln, deren Folgen für uns alle nicht absehbar wären.

SPD-Kanzler Scholz versucht daher – genau wie Merkel vor ihm – es sich so lange wie möglich mit keiner der beiden Seiten zu verschmerzen. Die neue Außenministerin der Grünen, Baerbock, stellt sich hingegen bereits ganz hinter die wirtschaftliche und kriegerische Politik der USA und fordert, dass auch Deutschland die Ukraine mit noch mehr

## Für die Pflicht, mehr Personal einzustellen!

Letzte Woche hat die neue Regierung eine Impfpflicht unter anderem in Krankenhäusern und Pflegeheimen eingeführt. Wer bis März nicht geimpft ist, muss ohne Lohn zuhause bleiben.

Seit fast zwei Jahren arbeiten alle Beschäftigten im Gesundheitswesen unter hohen Risiken, das erste Jahr ohne Impfung, anfangs oft sogar ohne Schutzausrüstung. Alle haben dieses Risiko auf sich genommen, damit die Patienten weiter versorgt sind. Und nun werden sie als Verantwortliche für die vielen Infektionen derzeit hingestellt und sollen ihre Existenz verlieren, wenn sie sich nicht impfen lassen?

Selbstverständlich ist es wichtig, die Patienten so gut wie möglich vor der Ansteckungsgefahr zu schützen. Doch im Pflegedienst sind bereits deutlich über 90%

geimpft. Für die kleine Minderheit, die sich nicht impfen lassen möchte, gibt es im Gesundheitswesen noch genug Arbeitsplätze, wo sie nicht mit Patienten in Kontakt kommen. Es gibt keinen Grund, dass auch nur ein Beschäftigter sein Einkommen verliert!

Außerdem fehlt schon jetzt Personal ohne Ende, mit noch weniger Kolleg\*innen kann es nur schlimmer werden. Und überhaupt: Die Regierungsparteien begründen ihre Entscheidung damit, dass die Patienten eine gefährdete Personengruppe sind, die man besonders schützen müsse. Wie wahr! Nur machen sie selber seit Jahren genau das Gegenteil. Selbst die Pandemie hält die Politiker nicht davon ab, weiter zu sparen, weiter Betten und Krankenhäuser zu schließen. Jedes Jahr sterben allein über 15.000 Patienten an multire-

sistenten Bakterien, mit denen sie sich im Krankenhaus infizieren. An einem Drittel dieser tödlichen Infektionen ist laut den Krankenkassen einzig der Personal- und Zeitmangel schuld!

Und wenn – wie in den letzten Monaten – Arbeitende des Gesundheitswesens für mehr Personal und bessere Bedingungen streiken, ist die Antwort der Regierungsparteien: „Dafür ist kein Geld da.“ Aber auf einmal tun diese Heuchler so, als stünde für sie das Wohl der Patienten an erster Stelle?

Wem es wirklich um sicherere Bedingungen in der Pflege geht, der muss sich gegen die Herrschenden wenden, die mit ihrer Sparpolitik die Gesundheit und das Leben von Patienten UND Beschäftigten gefährden – nicht erst seit der Pandemie.

## Kanzler: Aus alt mach neu

Wir haben also jetzt einen neuen Kanzler. Neu? Na ja.

Olaf Scholz war bereits acht Jahre lang Minister unter Kanzlerin Merkel, hat dort als Arbeitsminister die Rente mit 67 umgesetzt und anschließend als Finanzminister das Geld von unten nach oben verteilt.

Vorher war er Generalsekretär unter SPD-Kanzler Schröder und hat ihm bei der Einführung der Hartz-Gesetze geholfen. Zwischendurch hat er als Bürgermeister von Hamburg betrügerischen Banken geholfen, keine Steuern nachzahlen zu müssen.

Er hat sich also bewährt und ist bestens qualifiziert, um für die Kapitalisten zu regieren.

\*\*\*\*\*

## Falsche Ampelschaltung

Für die Konzerne steht die neue Ampel-Regierung eindeutig auf grün: Unfassbare 500 Milliarden Euro an Subventionen (also an Geschenken) sollen die Kapitalisten von ihr bekommen – unter dem Vorwand des Klimaschutzes natürlich.

Für uns Arbeitende hingegen steht die Ampel Großteils auf rot – und wir davor im Rückwärtsgang. Erste konkrete Pläne „für“ uns lauten:

- den 8-Stunden-Tag "aufzuweichen",
- den Firmen Arbeitszeiten mit weniger als 11 Stunden Ruhepause zwischen zwei Schichten zu ermöglichen,
- mit einem Teil unserer Rente an der Börse zu spekulieren,
- die Privatisierung der Bahn weiter voranzutreiben.

Damit die Ampel umspringt, werden wir Arbeitenden wohl selber Hand anlegen müssen.

## Personalmangel: Wenn Träume wahr werden

Laut dem Zentralverband des Deutschen Handwerk fehlen derzeit ca. 250.000 Handwerker\*innen. In den Medien klagen Unternehmer ihr Leid, dass sie kein Personal finden können. Ja, warum wohl?

Seit Jahren haben sie die Löhne drastisch gesenkt, die Anfahrtszeiten zu den Baustellen nicht mehr bezahlt, die Pausen verringert und die Knochenarbeit noch härter gemacht.

Nun haben die Unternehmer die Bedingungen, von denen sie geträumt haben. Und wundern sich, dass viele Arbeitende bei diesen Traumbedingungen das Weite suchen.

Die Firmenchefs jammern, dass sie Baustellen liegen lassen und Aufträge absagen müssen. Sie könnten es ja mal mit vernünftigen Löhnen und menschlicheren Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten versuchen. Aber auf solche Ideen kommen sie eindeutig nicht ohne Nachhilfe von uns Arbeitenden.

## Indien: Die kleinen Bauern zwingen den Staat zum Rückzug

Seit fast zwei Jahren sind hunderttausende Bauern in Indien unermüdlich gegen ein neues Gesetz der Regierung auf die Straße gegangen. Und sie haben gewonnen!

Die Situation der indischen Bauern ist seit Jahrzehnten katastrophal. Sie sind überschuldet, arbeiten in quasi sklavennähnlichen Abhängigkeitsverhältnissen, sind oft nah am Verhungern oder ziehen aus Verzweiflung in die Städte, wo sie in Slums zu überleben versuchen. Das ist das Ergebnis der britischen Kolonialherrschaft und der anhaltenden Ausbeutung durch die westlichen Konzerne. Und nun wollte die Regierung ein Gesetz zu den Mindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte durchsetzen, dass die kleinen Bauern noch weiter an der Gurgel gepackt und dafür den Konzernen noch mehr Gewinn eingebracht hätte.

Die Regierung hat zunächst versucht, die Proteste mit brutaler Gewalt zu ersticken. Es gab Tote und Verletzte, doch die Bauern haben nicht aufgegeben. Sie haben sich bei der Arbeit abgewechselt und es so möglich gemacht, dass jeder



die Hälfte des Monats auf den Feldern arbeiten und den restlichen Monat bei den Protesten dabei sein konnte.

Mit ihrer Entschlossenheit haben die Bauern der rechten, arbeitfeindlichen Regierung eine politische Niederlage bereitet. Und man kann hoffen, dass

dies anderen Mut macht. Denn die unfassbare Ausbeutung und die extrem ungerechte Gesellschaftsordnung kann nur beseitigt werden, wenn sich die Arbeiterklasse in den Städten und die Kleinbauern auf dem Land gemeinsam erheben. Die erfolgreichen Kämpfe der Bauern können ein Anfang hierfür sein.

## Airbus: Massive Warnstreiks gegen die Erpressung der Konzernleitung

Anfang Dezember beteiligten sich insgesamt 21.000 Beschäftigte von sechs Airbus-Standorten zum wiederholten Mal an bis zu 48-stündigen Streiks gegen eine Erpressung des Managements. Die Werke standen still, quasi niemand aus der Produktion arbeitete. Auch aus Konstruktion und Verwaltung beteiligten sich viele an dem Streik, auch wenn sie im Homeoffice waren.



Alle sind empört über die Erpressung der Konzernleitung, die droht: Entweder die Arbeitenden akzeptieren, dass mehrere Konzernteile an Investoren verkauft und andere in Tochterfirmen ausgelagert werden – oder der Konzern entlässt 750 Kolleg\*innen. Die Streikenden wollen weder das eine noch das andere akzeptieren. Erst recht nicht von einem milliardenschweren Konzern, der von der Regierung großzügig finanziell unterstützt wird.

Ihre Empörung ist umso größer, weil Airbus erst im letzten Jahr über 1.000 Arbeitende an den deutschen Standorten so stark unter Druck gesetzt hat, dass sie „freiwillig“ gegangen sind. Weltweit wurden sogar über 10.000 Arbeitende entlassen. Und nun nur wenige Monate später der nächste Angriff!

Die Arbeitenden können sich darauf einstellen, dass weitere Angriffe auf ihre Arbeitsplätze und Löhne folgen werden – egal ob sie verkauft werden oder nicht. Und auch in diesem Sinn sind die derzeitigen massiven, längeren Warnstreiks, wie es sie seit vielen Jahren bei Airbus nicht gegeben hat, ein Pfand für die Zukunft.

## Brücken: Ein marodes System

Eine weitere Autobahn-Brücke in NRW ist einsturzgefährdet. Nach den Rheinbrücken und der A43 ist es nun die Talbrücke auf der A45 bei Lüdenscheid.

Der Grund ist derselbe wie überall: Die Zahl der LKWs, die über diese Brücke fahren, hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr als verdoppelt, weil die Industrie aus Kostengründen ihre Lager eingespart hat, oft kurzfristig auf Bestellung arbeitet und daher nun viel mehr LKW-Transporte braucht. Entsprechend schneller als geplant hat sich die Brücke abgenutzt.

Eigentlich sollte sie deshalb schon 2019 saniert werden. Doch weil dem Land die Mittel fehlen, die vielen maroden Brücken gleichzeitig zu sanieren, wurde ihre Sanierung auf 2026 verschoben.

Jahrelang werden nun LKW-Fahrer\*innen und Pendler\*innen stundenlangen Umwegen und Staus ausgesetzt sein. Und warum? Weil die Kapitalisten die vielen von ihnen verursachten Schäden nicht selber zahlen. Sie lassen sie von der Allgemeinheit beseitigen, die mit der Reparatur nicht mehr hinterherkommt.

## USA: Nicht nur eine Naturkatastrophe!

Vierzehn Todesopfer der Tornados in den USA sind in zwei Betrieben ums Leben gekommen: in einer Kerzenfabrik und in einem Lager von Amazon. Beide Betriebe hatten sich trotz Sturm-Warnung geweigert, die Nachtschicht abzusagen. Sie wollten keine Einbußen im Weihnachtsgeschäft!

In der Kerzenfabrik bekamen viele Arbeiter\*innen rechtzeitig eine Warnung auf ihrem Handy, dass ein Tornado auf die Stadt zukommt. Doch die Chefs drohten jedem mit Kündigung, der seinen Arbeitsplatz verlassen würde. Gut die Hälfte der Arbeiter\*innen ist zum Glück trotzdem gegangen.



Im Amazon-Lager bekamen die Arbeitenden gar nichts mit, weil sie ihr Handy nicht an den Arbeitsplatz mitnehmen dürfen. Und die Betriebsleitung hat sie erst in letzter Sekunde gewarnt, sodass einige nicht mehr in die vorgesehenen Schutzräume fliehen konnten.

Vierzehn Arbeiter\*innen sind so unter den einstürzenden Dächern der beiden Werke ums Leben gekommen: Opfer der Profitgier ihrer Bosse!

## Erpresser und ihre willigen Opfer

Über 100 Millionen Selbsttests hat das Land NRW insbesondere für die Schulen gekauft und dafür zwischen 0,59 Euro und... 14,63 Euro pro Test bezahlt! Einmal mehr also haben Unternehmer in der Pandemie Wucherpreise verlangt und sie auch bekommen.

Ob Masken, Impfstoffe, Selbsttests: Die Konzerne nutzen die Pandemie gnadenlos aus, um Unsummen zu verlangen. Und die Regierungsparteien machen dabei bereitwillig mit. Statt die Waren zu beschlagnahmen und die Erpresser zu bestrafen – wie sie es bei Kleinkriminellen tun würden – helfen sie diesen erpresserischen Firmen, die öffentlichen Kassen auszuplündern. Denn genau dafür ist eine Regierung im Kapitalismus schließlich da.

**Wollen  
Sie uns  
erreichen?**

### DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de) Telefon: 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

**Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!**